

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Stahlindustrie - Meeresverschmutzung - Seerecht - OPEC - RGW

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1984) : Kurz kommentiert: Stahlindustrie - Meeresverschmutzung - Seerecht - OPEC - RGW, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 11, pp. 521-522

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135976>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Stahlindustrie

Neuer Ansatz

In die deutsche Stahlindustrie ist Bewegung gekommen: Zum 1. 1. 1985 werden die Stahlbereiche der Krupp Stahl AG und des Klöcknerkonzerns unter Beteiligung des australischen Rohstoffkonzerns Conzinc Rio Tinto of Australia (CRA) in einer Gesellschaft zusammengefaßt (Stahlwerke Krupp-Klöckner GmbH, Bochum). Damit entsteht neben Thyssen ein zweiter Stahlriese in der Bundesrepublik.

Nach dem Scheitern der Moderatorenvorschläge zur Neuordnung der deutschen Stahlindustrie stellt die Fusion jetzt einen neuen, wenn auch partiellen Ansatz zur Verbesserung der Struktur und damit der Wettbewerbsfähigkeit dieses Industriezweiges dar. Der im Zusammenhang mit der Fusion erhobenen Forderung nach Starthilfe der öffentlichen Hand – also Subventionen über die aus dem allgemeinen Stahlhilfeprogramm anfallenden Beihilfen hinaus – sollte dabei schon aus prinzipiellen Wettbewerbsbetrachtungen nicht entsprochen werden. Angesichts leerer Staatskassen dürfte die Wahrscheinlichkeit von Zahlungen ohnehin nicht sehr groß sein. Zudem erwartet man ja auch Synergieeffekte in der Größenordnung von jährlich etwa 250 Mill. DM.

Allerdings wird die volle Ausschöpfung des Rationalisierungspotentials – die „Flurbereinigung“ der Programme mit entsprechenden Stilllegungen von Rohstahl- und Walzwerkskapazitäten – nicht ohne Schwierigkeiten vonstatten gehen: Der wohl nicht zu vermeidende Abbau von bis zu 3000 Arbeitsplätzen wird auf den Widerstand der Landespolitiker in den betroffenen Regionen und vor allem auch der Gewerkschaften treffen. So schmerzhaft Stilllegungen und Arbeitsplatzverluste aber im Einzelfall auch sein mögen, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Nutzung des aus dem Zusammenschluß resultierenden zusätzlichen Rationalisierungspotentials die wettbewerbsmäßigen Voraussetzungen verbessert, auf dem ab 1986 „interventionsfreien“ europäischen Markt zu bestehen. kr

Meeresverschmutzung

Wohlklingende Absichtserklärungen

Ein Grundstein sollte gelegt werden, ein Meilenstein sei schließlich gesetzt worden. So sieht es zumindest der Vorsitzende der Internationalen Nordseeschutz-Konferenz, die jüngst in Bremen unter Beteiligung der Anrainerstaaten und der Europäischen Gemeinschaft stattfand.

In der Abschlusserklärung sucht man den konkreten Fortschritt allerdings vergeblich. Neue Schutzmaßnahmen wurden nicht vereinbart, an ihre Stelle trat ein Katalog wohlklingender Absichtserklärungen. Die Schadstoffbelastung über die Flüsse soll verringert und die beste verfügbare Technik für die Einleitung von radioaktiven Abfällen und Rückständen aus der Ölförderung eingesetzt werden. Man will auch darauf hinwirken, die Verschmutzung durch den Schiffsbetrieb zu vermeiden und das Überwachungssystem aus der Luft zu verbessern. Schließlich soll dem Schutz des Wattenmeeres verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Exakte Grenzwerte und Termine sind aber in dem Katalog nicht enthalten. Der entscheidende Schritt, die Nordsee – wie schon die Ostsee – zum Sondergebiet zu erklären, um dem Abpumpen von Öl und Chemikalien von Schiffen ins Meer ein Ende zu bereiten, scheiterte am Widerstand von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Norwegen. Über Industrieansiedlung an der Küste wurde gar nicht erst diskutiert.

Offensichtlich ist es für das gemeinsame Vorgehen, das von allen Konferenzteilnehmern als notwendig erachtet wird, politisch noch zu früh. Es bleiben den Ländern allerdings, wie bisher, nationale Maßnahmen zur Verringerung der Belastungen der Nordsee. Und es bleibt die Hoffnung, daß die „Fackel von Bremen“, die der Leiter der britischen Delegation nach London tragen wollte, wo in zwei bis drei Jahren eine Nachfolgekonzferenz stattfinden soll, bis dahin die Verantwortlichen erleuchtet. km

Seerecht

Entscheidung in letzter Minute

Die Bundesrepublik gehört zu den letzten Staaten, die bis zum 9. Dezember in der Frage der Zeichnung der neuen Seerechtskonvention noch eine Entscheidung herbeiführen müssen. Bisher ist sich die Wirtschaft in der Beurteilung der Konvention ebensowenig einig wie Regierung, Parlament und Parteien. Die zum Teil krassen Meinungsunterschiede resultieren aus dem unauflösbaren Konglomerat von Chancen und Risiken, von Kosten und Nutzen, die in der neuen Seerechtskonvention stecken.

Ordnungspolitisch regelt die Konvention bisher umstrittene maritime Herrschafts- und Nutzungsverhältnisse, stellt aber im Bereich des Tiefseebergbaus ohne Zweifel einen dirigistischen Sündenfall dar. Rechtspolitisch bringt die neue Ordnung ein deutliches Mehr an Sicherheit und Friedlichkeit. Dies schlägt auch außenpoli-

tisch positiv zu Buche. Zeichnung wie Nicht-Zeichnung führen jedoch unausweichlich zu Spannungen im Verhältnis zu den in dieser Frage zerstrittenen europäischen und atlantischen Partnern. Im Verhältnis zur Dritten Welt liegt außenpolitisch die Zeichnung nahe, entwicklungs- und politikpolitisch dagegen die Ablehnung. Denn verteilungspolitisch gesehen benachteiligt die neue Meeresordnung den überwiegenden Teil der Dritten Welt wie auch die Bundesrepublik. Auch unter wirtschaftspolitischen Aspekten ist die Beurteilung ambivalent. Den Vorteilen für Schifffahrt und Fischerei steht die unter den gegebenen Konventionsbedingungen kaum noch rentable Nutzung der Tiefseerohstoffe entgegen. Allein umwelt- und forschungspolitisch wird man zu einem insgesamt positiven Bewertungsergebnis gelangen.

Was ist zu tun? Die u. a. von Frankreich und Japan praktizierte Zeichnung mit Vorbehalt könnte den Zeitgewinn bringen, den man zur Nachbesserung des Tiefseebaugereimes in der Vorbereitungskommission benötigt. Offen bleibt, wie das Gros der Staatengemeinschaft den nach Art. 309 an sich nicht erlaubten förmlichen Vorbehalt wertet. bo

OPEC

Schwere Zeiten

Mit der Entscheidung, die gemeinsame Fördermenge „zeitweilig“ von täglich 17,5 auf 16 Mill. Barrel zu drosseln, haben die OPEC-Länder eine Senkung der offiziellen Verkaufspreise zunächst einmal vermieden. Niedrige Vorräte bei den Verbrauchern und die Mehrnachfrage durch den auf der Nordhalbkugel nahenden Winter haben ihren Teil dazu beigetragen, daß auch an den Spotmärkten der Druck auf die Ölpreise abnimmt.

Wenn die OPEC nach dem mühsam ausgehandelten Kompromiß trotzdem nicht zufrieden sein kann, so liegt das auch daran, daß nicht alle Ölsorten gleichermaßen von der Nachfrageschwäche betroffen sind. Die Spotpreise für schweres Öl liegen inzwischen teilweise über den staatlich festgelegten Preisen, während die der früher besonders gefragten leichten Sorten trotz der Förder einschränkung zurückbleiben. Die Preisstruktur bedarf also immer dringender einer Korrektur, soll nicht das Beispiel Nigerias, das seine Preise ohne Rücksprache mit der Organisation senkte, Schule machen. Zu einem weiteren Problem wird die lange Dauer der Produktionsbegrenzung; der Druck der von Zahlungsbilanznöten betroffenen Länder, ihre Quoten zu erhöhen, nimmt ständig zu. Die Möglichkeiten Saudi-Arabiens aber, diese Wünsche durch Drosselung der eigenen Produktion zu erfüllen, sind weitgehend erschöpft.

Ob die OPEC mit ihren jüngsten Beschlüssen die Ölpreise über den Augenblick hinaus stabilisieren kann, hängt wesentlich davon ab, wieweit es ihr gelingt, die vereinbarten Förderlimits durchzusetzen. Die mangelnde Disziplin mehrerer Mitglieder in der Vergangenheit deutet darauf hin, daß der Organisation noch schwere Zeiten bevorstehen. Spätestens zum Ende des Winters, wenn die Ölnachfrage auch saisonal wieder nachläßt, könnte die OPEC in stärkere Bedrängnis geraten. Eine erneute Förderkürzung aber wäre noch schwieriger. Die Hoffnung der Verbraucher auf sinkende Ölpreise ist nicht ganz unberechtigt. ma

RGW

Zur Zusammenarbeit bereit

Nur viereinhalb Monate nach dem RGW-Gipfel in Moskau war von der Ende Oktober in Havanna abgehaltenen 39. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zwar kaum Sensationelles zu erwarten, doch mit einigen Aufschlüssen über erste Fortschritte bei der Verwirklichung der wichtigsten Gipfelbeschlüsse war zu rechnen. Dazu wurde dann auch berichtet, daß die Koordinierung der Fünfjahrpläne für 1986-1990 vorangekommen sei und daß man mit der Ausarbeitung des neuen Komplexprogramms für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt der nächsten 15 bis 20 Jahre begonnen habe. Eine Reihe inzwischen konkretisierter Vorhaben im Bereich der Energie-, Brennstoff- und Rohstoffwirtschaft wurde abgesegnet, Projekte zum Zwecke der gemeinsamen Ausbeutung von Energieressourcen in der Sowjetunion sowie von Rohstoffvorkommen in Polen, der CSSR und in den Entwicklungsländern des RGW, der Mongolei, Vietnam und Kuba. Und schließlich wurde die Schaffung eines Ratskomitees für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Maschinenbaus beschlossen. Bisher existieren drei solcher Komitees, die das Recht haben, dem Exekutivkomitee Empfehlungen zu unterbreiten und von den anderen Organen des RGW Unterlagen, Stellungnahmen und Vorschläge anzufordern.

Darüber hinaus läßt sich in dem Kommuniqué über die Ratstagung wenig Substantielles finden. Seine Absichtserklärungen und politischen Deklarationen sind allesamt nicht neu und finden sich in zum Teil wortgleicher Formulierung in früheren Ratsdokumenten. Aus westlicher Sicht vielleicht noch am ehesten bemerkenswert ist dabei die Tatsache, daß auch in Havanna erneut ausdrücklich die Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit „mit kapitalistischen Staaten sowie deren Betrieben und Firmen“ bekundet wurde. dl